

Ludwig Dorffmeister

Herausforderungen für Bestandshalter und Baufirmen

IN KÜRZE

Das Baujahr 2021 gestaltete sich wesentlich anspruchsvoller als erwartet. So berichteten die Baufirmen im vergangenen Frühjahr von deutlich stärkeren Witterungsbehinderungen als vor Jahresfrist. Ab dem zweiten Quartal kam es dann zu teils erheblichen Lieferengpässen bei Baumaterialien, die wiederum hohe Preiszuwächse zur Folge hatten. Im Verlauf des Jahres 2021 gewann überdies der Fachkräftemangel weiter an Bedeutung. Der Personalmangel dürfte die Baubranche, aber auch die Eigentümer von Mehrfamiliengebäuden, langfristig vor große Herausforderungen bei der energetischen Sanierung stellen. Angesichts der inzwischen geänderten Ausrichtung der klimapolitischen Ziele – Klimaneutralität bis 2045 – wäre allerdings eine Neujustierung der staatlichen Sanierungsförderung angezeigt. Die Lieferschwierigkeiten bei Primärrohstoffen haben die Bedeutung recycelter Baustoffe wieder stärker in den Blick gerückt. Der Großteil der Bauherren präferiert jedoch noch immer den Einsatz neu abgebauter Ressourcen.

Die deutsche Bauwirtschaft hat das Pandemiejahr 2020 gut überstanden. So entwickelte sich die Auftragslage deutlich robuster als zuerst befürchtet und die Corona-bedingten Behinderungen klangen im dritten Quartal merklich ab. Die vorübergehende Umsatzsteuersenkung in der zweiten Jahreshälfte führte zu erheblichen Vorzieheffekten und bescherte den Baufirmen schließlich einen sehr arbeitsintensiven Dezember 2020.

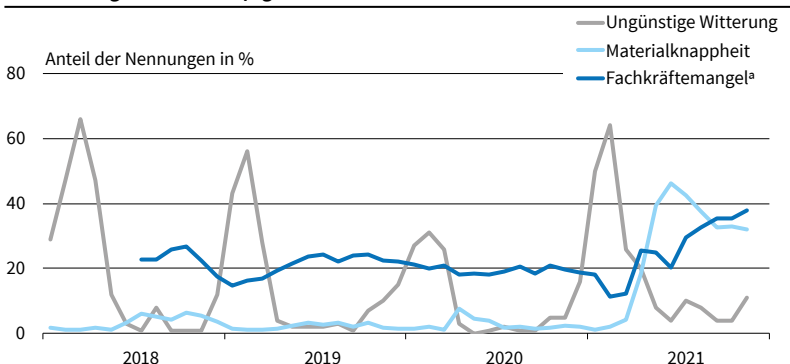
WITTERUNGSEINFLÜSSE UND BAUSTOFFMANGEL BESTIMMTEN DAS BAUJAHR 2021

Das Statistische Bundesamt kommt in seiner Veröffentlichung von Ende November 2021 auf einen Anstieg der Bauinvestitionen im Jahr 2020 von 2,5% (vgl. Tab. 1). Wohnungsbauleistungen waren weiterhin sehr gefragt, und die öffentlichen Auftraggeber von Nichtwohnbauten beharrten auf der Realisierung eines Großteils ihrer bereits geplanten Projekte. Lediglich die gewerblichen Hochbauinvestitionen verzeichneten einen Rückgang, der aber deutlich kleiner ausfiel als das Minus bei den Auftragseingängen.

2021 dürften die Investitionen in Bauwerke lediglich stagniert haben. Die Gründe dafür liegen etwa in der schwächeren Baunachfrage der öffentlichen Hand sowie einiger Bereiche der Privatwirtschaft. Daneben dürfte die Umsatzsteuerabsenkung nicht nur zu Vorzieheffekten, sondern in vielen Fällen auch zu verfrühten Fertigstellungsmeldungen bzw. vorgezogenen Abrechnungszeitpunkten geführt haben. Dies bedeutet, dass in den ersten Wochen des vergangenen Jahres noch Arbeitszeit für Projekte aufgebracht wurde, die offiziell schon abgeschlossen waren.

Darüber hinaus hatten die Baufirmen 2021 mit erheblichem Gegenwind zu kämpfen. Einerseits klagten die Firmen des Bauhauptgewerbes zu Jahresbeginn doppelt so häufig über Witterungsbehinderungen wie im Januar und Februar 2020 (vgl. Abb. 1). Das Jahr 2021 begann demnach mit einem ansehnlichen Arbeitsrückstand. Ab April 2021 spürten die Bauunternehmen dann zudem die teils markanten Lieferengpässe bei verschiedensten Baumaterialien, wobei der Hochbau stärker betroffen war. Die entsprechenden Umfrageergebnisse der ifo Konjunkturumfrage zu den Baubehinderungen infolge von Materialknappheit kletterten daraufhin auf bis dahin ungekannte Höhen. Durch die gebremste Bautätigkeit stieg der Auftragsbestand im Wohnungsbau sowie im gewerblichen Hochbau weiter an. Nominale Zuwächse sind in diesem Zusammenhang allerdings mit Vorsicht zu interpretieren, da sich die durch die Lieferengpässe betroffenen Baustoffe erheblich verteuert haben. Zumeist waren die Baufirmen bei neuen Vorhaben nämlich in der Lage, einen Großteil der Kostenzuwächse an ihre Auftraggeber weiterzugeben. Für das Gesamtjahr 2021 kann deshalb von einem durchschnittlichen Baupreisanstieg von rund 7,5% ausgegangen werden.

Abb. 1
Behinderungen im Bauhauptgewerbe



^a Abfrage seit Juli 2018.
Quelle: ifo Konjunkturumfrage.

© ifo Institut

Tab. 1

Bauinvestitionen in Deutschland nach Bausparten 2014 bis 2023

Verkettete Volumenangaben in Mrd. Euro (Referenzjahr 2015)

	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021 ^a	2022 ^a	2023 ^a
Wohnungsbau	176,61	175,37	184,08	185,73	191,31	194,13	200,78	202,8	205,8	204,8
Nichtwohnbau	118,90	115,88	118,32	119,70	122,00	122,48	123,78	122,1	122,3	123,8
davon:										
gewerblicher Bau	83,04	81,47	82,72	83,36	84,66	85,13	85,08	84,4	85,3	86,3
- gew. Hochbau	65,95	64,57	65,26	65,73	66,43	66,64	65,93	64,6	65,3	65,9
- gew. Tiefbau	17,10	16,90	17,46	17,62	18,23	18,47	19,12	19,8	20,1	20,4
öffentlicher Bau	35,85	34,41	35,60	36,34	37,33	37,36	38,69	37,7	37,0	37,5
- öff. Hochbau	13,19	12,70	13,00	13,03	13,17	13,18	14,04	13,6	13,4	13,6
- öff. Tiefbau	22,66	21,71	22,60	23,31	24,17	24,18	24,66	24,0	23,6	23,9
Insgesamt	295,50	291,24	302,40	305,43	313,29	316,61	324,53	324,9	328,1	328,6
	Reale Veränderung gegenüber Vorjahr in %									
	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021 ^a	2022 ^a	2023 ^a
Wohnungsbau	2,9	-0,7	5,0	0,9	3,0	1,5	3,4	1,0	1,5	-0,5
Nichtwohnbau	0,7	-2,5	2,1	1,2	1,9	0,4	1,1	-1,4	0,2	1,2
davon:										
gewerblicher Bau	0,6	-1,9	1,5	0,8	1,6	0,5	-0,1	-0,8	1,1	1,1
- gew. Hochbau	0,5	-2,1	1,1	0,7	1,1	0,3	-1,1	-2,0	1,0	1,0
- gew. Tiefbau	1,1	-1,2	3,3	0,9	3,4	1,4	3,5	3,5	1,5	1,5
öffentlicher Bau	1,0	-4,0	3,5	2,1	2,7	0,1	3,6	-2,7	-1,8	1,5
- öff. Hochbau	-5,2	-3,8	2,4	0,2	1,0	0,1	6,6	-3,0	-1,5	1,5
- öff. Tiefbau	4,9	-4,2	4,1	3,1	3,7	0,1	2,0	-2,5	-2,0	1,5
Insgesamt	2,0	-1,4	3,8	1,0	2,6	1,1	2,5	0,1	1,0	0,1

^a Prognose des ifo Instituts.

Hinweis: Bauinvestitionen bereinigt um die Immobilientransaktionen zwischen Staats- und Unternehmenssektor.

Quelle: Statistisches Bundesamt; ifo Institut.

2022 dürfte sich die Materialverfügbarkeit deutlich verbessern. Ferner werden die kommunalen Auftraggeber wieder größere finanzielle Handlungsspielräume vorfinden. Die im vergangenen Jahr aufgrund der Lieferengpässe liegengelassenen Arbeiten werden dann im laufenden Jahr fortgeführt bzw. abgeschlossen. Bei aller Euphorie darf jedoch nicht vergessen werden, dass ein anderer Engpass die Möglichkeiten der Baubranche mittel- und langfristig limitieren wird. Nach einer sichtlichen Entspannung im ersten Quartal 2021 haben die aufgrund von Fachkräftemangel berichteten Behinderungen im Laufe des vergangenen Jahres wieder kräftig zugenommen.

KLIMANEUTRALITÄT ERFORDERT VERÄNDERTE FÖRDERSCHEWERPUNKTE

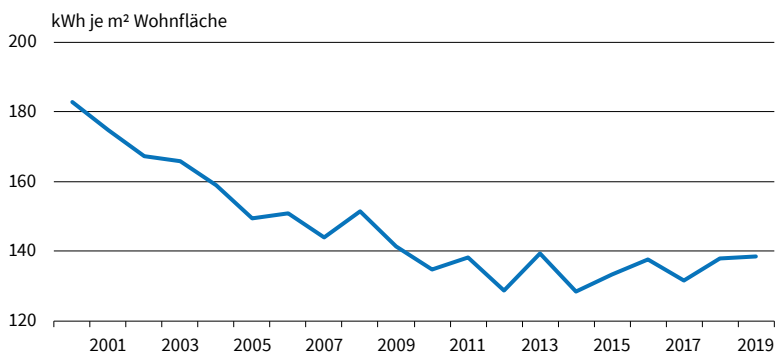
Nicht nur im Bauhauptgewerbe, sondern auch im für Modernisierungsarbeiten noch bedeutsameren Ausbaugewerbe wird der Personalmangel zukünftig das bestimmende Thema sein. Bei allen Anstrengungen zur Digitalisierung der Arbeitsabläufe, zur Vereinfachung von Installationsverfahren, zur Verbreitung serieller Vorfertigung und zum noch stärkeren Einsatz von maschinellen Hilfsmitteln wird auch zukünftig in großem Umfang Fachpersonal, das vor

Ort Hand anlegen muss, vonnöten sein. Dies gilt nicht zuletzt in Bezug auf die energetische Verbesserung von Gebäuden. Sind die Lieferengpässe bei etlichen Baumaterialien nur ein vorübergehender Störfaktor, so stehen die Baufirmen langfristig vor der großen Herausforderung, ihre Personalkapazitäten zumindest konstant zu halten.

Die größeren Immobilienbestandshalter, und hier sind vor allem die Wohnungsunternehmen (einschließlich Genossenschaften, staatlichen Trägern und gemeinnützigen Organisationen) zu nennen, stehen ebenfalls vor großen Herausforderungen. So hat die Politik 2021 den Zeitraum zur angestrebten Klimaneutralität um fünf Jahre auf 2045 verkürzt. Die Wohnungswirtschaft denkt aber normalerweise in Sanierungszyklen von 30 bis 40 Jahren. Laut Angaben des Bundesverbands deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen (GdW) haben seine Mitgliedsunternehmen seit 1990 bereits mehr als 70% ihrer Wohnungsbestände zumindest teilweise energetisch saniert (2019: gut 30% teilsaniert, 40% vollsaniert). Neben den noch unsanierten Wohngebäuden gäbe es selbst beim schon vollständig sanierten Teilbestand noch theoretische Einsparpotenziale, die aber zumeist nicht wirtschaftlich darstellbar sind.

Der Bundesverband weist zudem darauf hin, dass die angestrebte Erreichung von Klimaneutralität in

Abb. 2

Temperaturbereinigter Energieverbrauch der privaten Haushalte für Raumwärme

Quelle: Statistisches Bundesamt.

© ifo Institut

weniger als 25 Jahren spürbare Konsequenzen für die Förderschwerpunkte haben müsste. Ungeachtet der Notwendigkeit, weiterhin in Wärmeschutzmaßnahmen zu investieren, müssten die monetären Handlungsanreize nunmehr stärker auf die Versorgung mit erneuerbaren Energien und einer dementsprechenden baulichen Anpassung der Gebäude ausgerichtet werden. Gebäude, die ihren noch benötigten Heizwärmebedarf mittels Wärmepumpen oder örtlicher Fernwärme decken, müssen für niedrigere Vorlauftemperaturen fit gemacht werden. Auch sei zu hinterfragen, ob vor dem Hintergrund landesweiter Klimaziele nicht zu viele Ressourcen in die Sanierung einer verhältnismäßig kleinen Zahl an Effizienzhäusern fließen. Zudem hätte sich die Nutzung von Lüftungsanlagen mit Wärmerückgewinnung in Mehrfamilienhäusern in der Realität als wenig wirkungsvoll herausgestellt, da von den Bewohnern häufig weiterhin (falsch) gelüftet wird.

BEHARRLICHER RAUMWÄRMEVERBRAUCH ERHÖHT DIE BEDEUTUNG KLIMANEUTRALER ENERGIEVERSORGUNG

Die Ersetzung fossiler durch regenerative Energiequellen ist für das Gelingen der Energiewende im Wohngebäudebestand von überragender Bedeutung. Dies kann anhand der Berechnungsergebnisse des Statistischen Bundesamtes zum Raumwärmeverbrauch gezeigt werden, die den Zeitraum 2000 bis 2019 umfassen (vgl. Abb. 2). Sank der temperaturbereinigte Energieverbrauch pro Quadratmeter Wohnfläche von 183 kWh im Jahr 2000 auf 135 kWh im Jahr 2010, so ist der private Energiekonsum für Raumwärme seitdem nicht mehr nachhaltig zurückgegangen. Und das, obwohl während der vergangenen Dekade hunderte von Milliarden Euro in energetische Teil- und Vollsanierungen, aber auch in Neubauten (teilweise als Ersatz älterer Bauwerke) mit immer strengeren Energerichtwerten investiert worden sind. Zwischen 2010 und 2019 wurden fast 2,1 Mio. Wohneinheiten in neuerrichteten Wohngebäuden fertiggestellt.

Der GdW vermutet, dass sich in der vergangenen Dekade das Nutzerverhalten ungünstig entwickelt hat

und dies wiederum auf die insgesamt nur noch stagnierenden Energiepreise zurückzuführen ist. Bei einer angenommenen Vollsanierungsquote von 1% p.a. und einer Heizanlagentauschquote von durchschnittlich 3% ergibt sich rechnerisch eine Energieverbrauchs-minderung von etwa 1,25% pro Jahr. In der Realität beobachten die Wohnungsfürmer aber eine geringere Wirksamkeit der (Dämm-)Maßnahmen, als dies in der Planungsphase unterstellt/errechnet wird. Dadurch dürfte die jährliche Verbrauchsminderung durch bauliche Maßnahmen nur bei ungefähr 1% liegen. Hier kommt nun das veränderte Nutzerverhalten ins Spiel, das die theoretischen Einsparungen in der vergangenen Dekade anscheinend mehr oder weniger vollständig ausgeglichen hat. So gönnen sich die Bewohner nach der erfolgten Sanierung – in der Gewissheit effizienterer Gebäudehüllen bzw. Heizanlagen – einen höheren Energieverbrauch, der das theoretische Einsparpotenzial wieder zunichtemacht (Rebound-Effekt). Dafür spricht etwa auch, dass der private Energiekonsum für Warmwasser (inkl. Baden/Duschen) je Haushaltsmitglied zwischen 2010 und 2019 um fast ein Viertel gestiegen ist.

Tatsächlich hat der Bundesverband einen engen Zusammenhang zwischen den Energiepreisen (Gas, Fernwärme) und dem Energieverbrauch für Raumwärme ausgemacht. Kontinuierlich steigende Preise hätten wohl ziemlich sicher zu einem insgesamt weiter sinkenden Raumwärmebedarf und noch dazu zu vermehrten baulichen Anstrengungen geführt. Auf der anderen Seite ist zu bedenken, dass sich die Bevölkerungsstruktur ebenfalls ändert – ältere Menschen haben ein anderes Temperaturempfinden – und die Deutschen die Raumtemperatur in den vergangenen Jahrzehnten stetig nach oben geschraubt haben bzw. tendenziell mehr Fläche beheizen. Nicht zu unterschätzen ist zudem der Anteil der erzeugten Raumwärme, der in den vergangenen Jahrzehnten auf das Konto von »heizenden« Kühlschränken und Lampen ging. Mit den immer effizienteren Elektrogeräten und Leuchtmitteln, die gerade in der vergangenen Dekade in den Haushalten Einzug gehalten haben, nahm dieser »Heizbeitrag« enorm ab.

DIE NEUE BUNDESREGIERUNG KÜNDIGT ANPASSUNGEN DER FÖRDERPROGRAMME AN

Die amtlichen Berechnungen zeigen, wie schwer sich die Absenkung des Raumwärmekonsums, der mit Abstand wichtigster Energieverbrauchsart im privaten Wohnumfeld, in den vergangenen Jahren gestaltet hat. Die erfolgten Modernisierungsmaßnahmen erforderten zwar umfangreiche Investitionsmittel, hatten jedoch – bezogen auf den gesamten Wohnungsbestand – nur begrenzte Wirkung. Zugleich müssen die Vermieter (größerer Anlagen) in diesem Zusammenhang immer auf die Bezahlbarkeit der angebotenen Flächen achten. Der Teil des Energieaufwands, der bis 2045 noch nicht abgetragen ist, muss dann über al-

ternative Quellen kommen, und die Gebäude müssen mit diesen Energiequellen möglichst optimal umgehen können. Eine Förderung, die auf diese Gegebenheiten stärker eingeht, wäre wünschenswert. Ebenso wäre es sinnvoll, für unkomplizierte, staatliche Rahmenbedingungen zu sorgen, die klimapolitisch befriedigende Gesamtlösungen für Gruppen mehrerer, heterogener (Wohn-)Gebäude ermöglichen. Dazu müssen bürokratische und finanzielle Hürden bei der eigenständigen Erzeugung bzw. dem Verbrauch regenerativer Energien im Quartier abgebaut werden.

Tatsächlich möchte die neue Bundesregierung in beiden Feldern Anpassungen vornehmen und ihre Klimaschutzpolitik stärker am CO₂-Verbrauch ausrichten. So heißt es im Koalitionsvertrag der Ampel-Parteien, dass »[...] wir auf passgenaue und technologieoffene Maßnahmen aus Optimierung der Gebäudehülle, der technischen Anlagen zur Erzeugung und Versorgung mit erneuerbarer Energie am Gebäude und Quartierslösungen« setzen. Zudem heißt es dort: »Die Förderprogramme werden wir den Zielen und Bedarfen entsprechend weiterentwickeln und umschichten.«

BAUSTOFFRECYCLING ALS WEITERER WICHTIGER ANSATZPUNKT

Im Zusammenhang mit dem politischen Ziel, stärker nach Nachhaltigkeitskriterien zu agieren, stellt das Baustoffrecycling ein weiteres wichtiges Aufgabenfeld dar. Auch wenn hier auf spezialisierte Abbruch-, Entsorgungs- und Wiederaufbereitungsfirmen der größte Teil der Aktivitäten entfällt, so müssen sich doch auch Bestandhalter bzw. Bauherren und Baufirmen den zukünftigen Herausforderungen stellen. Nicht nur aus Umweltgesichtspunkten heraus muss ein Umdenken stattfinden, sondern auch aus Gründen der Verfügbarkeit der im Bauprozess benötigten Rohstoffe. Die im Zuge der Corona-Pandemie beobachtete Materialknappheit und die dadurch ausgelösten Preissteigerungen haben dieser Problematik eine nochmals erhöhte Aufmerksamkeit zuteil werden lassen. Allerdings hatten die Bau- und Entsorgungsfirmen bereits zuvor mit spürbaren Engpässen bei Rohstoffen (z.B. Sand) und Deponiekapazitäten zu kämpfen. Nicht selten werden Bauaushub bzw. -abfälle hunderte Kilometer weit zur nächsten Entsorgungsstelle gefahren, weil es nicht zu einer regionalen Verwertung kommt. Dies verschlechtert nicht nur die Ökobilanz und belastet die Verkehrsinfrastruktur zusätzlich, sondern treibt auch die Kosten für den Bauherren. Auch die Baufirmen können – auf dem schon extrem hohen Baukostenniveau – kein Interesse an weiteren Kostentreibern haben, auch wenn letztlich der Bauherr über Bauweise und Recyclinganteil der verwendeten Materialien entscheidet und den finanziellen Aufwand dafür grundsätzlich selber tragen muss.

Verbände wie »Baustoff Recycling Bayern« oder der »bvse-Bundesverband Sekundärrohstoffe und

Entsorgung« zeichnen ein durchwachsendes Bild der aktuellen Praxis in Deutschland. Obwohl die Statistik eine sehr hohe Verwertungsquote von knapp 90% ausweist, wird nur rund ein Drittel der Bauabfälle wiederverwendet, der Rest wird verfüllt oder thermisch verwertet, also verbrannt. Zudem besteht oftmals eine große Diskrepanz zwischen den sogenannten Input- und Output-Quoten, also einerseits dem Anteil an Altmaterial, das den Weg in die Recyclinganlagen und andererseits von dort wieder zurück in den Bauprozess findet. Dies äußert sich dann darin, dass sich bereits wiederaufbereitetes Baumaterial auf den Lagerflächen der Recyclingfirmen türmt, weil es auf Abnehmer wartet. Gerade öffentliche Auftraggeber, die sich eigentlich zur Verwendung von Recyclingmaterialien verpflichtet haben, scheuen häufig deren Einsatz und geben damit den eingefahrenen internen Prozessen weiter den Vorzug.

Die fehlende Nachfrage führt bei bestimmten Baustoffgruppen dazu, dass die am Markt angebotenen Wiederaufbereitungskapazitäten deutlich unter dem eigentlichen Bedarf liegen. Oftmals steht bewährte Anlagentechnik zur Verfügung, wegen der teils miserablen Absatzmöglichkeiten können diese Recyclingwerke aber nicht rentabel betrieben werden. Ein Beispiel ist die Verwertung deutscher Gipskartonplatten in Tschechien. Zur Trennung beider Bestandteile muss die Ladung also extra ins Ausland gebracht werden. Die Recyclingverbände nehmen inzwischen einen besorgniserregenden Versorgungsdruck bei sehr vielen Ausgangsmaterialien wahr. Die zurückhaltende Genehmigungspraxis des Staates bezüglich zusätzlicher Tagebaukapazitäten spielt – neben der unzureichenden Wiederverwendung von Altmaterial – eine wichtige Rolle. Spezifische Entwicklungen wie etwa beim Gips verschärfen die Situation zusätzlich. Wegen der beschlossenen Stilllegung der Kohlekraftwerke entfällt mittel- und langfristig die damit verbundene Rauchgasentschwefelung. Der dabei gewonnene Gips machte in der Vergangenheit gut die Hälfte des hierzulande verbrauchten Baustoffs aus und wird zukünftig fehlen.

SEKUNDÄRROHSTOFFE SOLLEN DURCH QUALITÄT UND WIRTSCHAFTLICHKEIT ÜBERZEUGEN

Idealerweise könnte Deutschland deutlich mehr der bei Aushub-, Sanierungs- und Rückbauarbeiten entstandenen Abfälle wiederverwenden. Das Problem besteht nach Einschätzung der involvierten Industrie nämlich weniger darin, dass die recycelten Baustoffe nicht die bauphysikalischen Eigenschaften der Primärrohstoffe erfüllen oder in der Regel wesentlich teurer sind, sondern im Festhalten der Bauherren an alten Denkmustern. Die Eigenschaften der wiederaufbereiteten Baustoffe werden technisch überwacht und sind dementsprechend zertifiziert. Zudem wird ihre Umweltverträglichkeit – anders als bei Primärrohstoffen – standardmäßig geprüft. Die 16 unterschiedlichen Lan-

desregelungen zur Umweltverträglichkeit erschweren allerdings die Arbeit von überregional agierenden Bauherren. Der Preisvergleich zwischen Primär- und Sekundärrohstoffen dürfte überdies vielerorts nicht ausreichend transparent erfolgen. Häufig weisen die recycelten Stoffe nämlich zusätzliche Eigenschaften wie beispielsweise die Umwelt- oder Frostverträglichkeit auf.

Sekundärrohstoffe sind in ihrer Wirtschaftlichkeit durchaus wettbewerbsfähig. Hinzu kommt die Kostenersparnis hinsichtlich der Entsorgung von Altmaterial. Bei der lokalen Aufbereitung im Zuge größerer Bauvorhaben entfallen zudem (teilweise) die Aufwendungen für die Anlieferung neuer Baustoffe. Die Recyclingverbände setzen bei der angestrebten Ausweitung der Marktanteile auf Überzeugung mittels Preisvergleichen und Zertifizierungen sowie auf eine im Zeitablauf wachsende Wertschätzung für die eigenen Produkte. Bereits heute nehmen sie in begrenztem Umfang ein Umdenken wahr, das sich in einzelnen Leuchtturmprojekten zeigt. Einer staatlich gelenkten Anhebung der Recyclingquoten mit Hilfe von Altlastenabgaben, Strafsteuern oder allgemeinen Mindestquoten stehen sie dagegen eher zurückhaltend gegenüber.

Ihrer Einschätzung nach dürfte es langfristig erfolgversprechender sein, dass die Kunden ihre Erfahrungen mit den Lieferengpässen bei Primärrohstoffen machen und gleichzeitig immer mehr Vertrauen zu den recycelten Materialien fassen.

Die Ampel-Koalition spricht sich laut Parteienvereinbarung für eine umfassende Nutzung des »ökonomischen und ökologischen Potenzials des Recyclings« aus und möchte den »Ressourcenverbrauch senken«. Die heimische Wirtschaft soll »bei der Sicherung einer nachhaltigen Rohstoffversorgung« unterstützt werden. Um »sichere Absatzmärkte für klimafreundliche Produkte« zu generieren, werden »Mindestquoten in der öffentlichen Beschaffung« angestrebt. Überdies sollen »höhere Recyclingquoten und eine produktspezifische Mindestquote für den Einsatz von Rezyklaten und Sekundärrohstoffen auf europäischer Ebene« festgeschrieben werden. Der Anwendungsbereich dieser Aussagen geht weit über den Bausektor hinaus. Was die Wiederverwendung von Bauabfällen betrifft, müssen – wie schon bei der anvisierten Anpassung der Gebädeförderung – erst einmal die konkreten politischen und gesetzgeberischen Maßnahmen abgewartet werden.